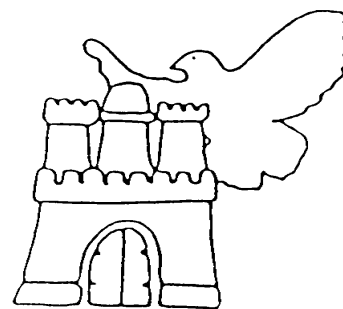


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR.02/14

www.hamburgerforum.org



18. März 2014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,
mit der **Ostermarschvorbereitung** kommen wir gut voran: Spenden für die Kosten der Aktion und Unterschriften unter dem Aufruf sind gesammelt – herzlichen Dank allen, die dazu beigetragen haben. Jetzt fordert die nächste Vorbereitungsphase unsere ganze Kraft: Flugblätter müssen unter die Leute gebracht und die Plakate (Format A3 und A2) verteilt und ausgehängt werden. Ein Flugblatt findet Ihr als Beilage in diesem Rundbrief. Das **Material** kann bei den Vorstandssitzungen mit Gästen abgeholt werden. Ihr bekommt es auch beim Antiquariat Augenstern – Di.–Fr. 15–18.30 Uhr, SA 10–14 Uhr, Im grünen Grunde 1b (Bahnhof Ohlsdorf), bitte vorher anrufen: 0172 403 26 47, könnt es aber auch bei uns bestellen: 551 38 91. Das Forum bereitet eine **Flugblattverteilung** mit Info-Tisch vor: SA 12.04.14, 10–14 Uhr, Spritzenplatz, Altona. Über Eure Unterstützung würden wir uns sehr freuen – Info: 551 38 91.

Wer in den Tagen vor Ostern unsere **Plakate** auf den U-Bahnstationen vermisst, sollte wissen, was dahinter steckt. Die Firma, die die Plakate aushängt, nimmt nur noch große (DIN A1), bei denen wir schon den Druck nicht bezahlen können. Deshalb haben wir das Angebot der Firma angenommen, 103 unserer A2-Plakate zu einem annehmbaren Preis auf S-Bahnhöfen auszuhängen.

Nochmal zur Erinnerung: Wer uns ein **Fax** schicken will, muss vorher anrufen: 551 38 91. Erinnern wollen wir auch an die **Mitgliederversammlung**: Dienstag, den 13.05.2014, 19.00 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, Hinterhaus, Raum A. Rechtzeitig vor dem Termin erhalten die Mitglieder noch eine Einladung.

Demnächst beginnen unsere **Vorstandssitzungen** mit Gästen nach dem neuen Modus am 1. und 3. Dienstag jeden Monats um 19.00 Uhr pünktlich. Nach wie vor werden wir dort Informationen austauschen und Form und Inhalt unserer Aktionen diskutieren. Die nächsten Termine sind:

Dienstag, den 01.04.2014, den 15.04.14*, den 06.05.2014, und den 20.05.2014, 19.00 Uhr
Curio-Haus – Rothenbaumchaussee 15 – Hinterhaus

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

* Restaurant Gran Sasso, Schlüterstraße 12. Für Essen und Trinken haben wir Sponsoren.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kirstein + Markus Gunkel

Bundesausschuss Friedensratschlag

Bundeswehr bleibt in Afghanistan

Der mit zweimonatiger Verspätung veröffentlichte Fortschrittsbericht zur Lage in Afghanistan ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Von „Fortschritten“ kann nämlich keine Rede sein. Die Bundesregierung lügt sich in die eigene Tasche, wenn sie über gestiegene Lebenserwartung, geringere Müttersterblichkeit und höhere Bildungsbeteiligung von Mädchen schwadroniert. Das mag für Kabul richtig sein, trifft aber nicht die Wirklichkeit im ganzen Land. Die wird nach wie vor bestimmt von einer desaströsen Menschenrechtslage, von Korruption (die bis in den

engen Kreis um Präsident Karzai reicht) und von Rekordzahlen beim Drogenanbau, wie der jüngste Bericht der UN-Behörde UNDOC (UN Office on Drugs and Crime) gezeigt hat.

Verräterisch sind auch solche Sätze: „Viele Straßen, Brücken, Bewässerungskanäle und andere zerstörte Infrastruktur wurden wieder aufgebaut“ heißt es in der Pressemitteilung der Bundesregierung. Wenn das, was die NATO in 12 Jahren Krieg zerstört hat, wieder aufgebaut wird, ist das dann ein Fortschritt?

Wer genau liest, kann hinter manchen Formulierungen im „Fortschrittsbericht Afghanistan“ das totale Scheitern der NATO-Mission erahnen. So wenn zu den Fortschritten

HAMBURGER OSTERMARSCH
Krieg und Aufrüstung stoppen!
Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden!
Verbot aller Rüstungsexporte!
Ostermontag, 21. April 2014
12 Uhr Auftakt
Bei der St. Gertrudkirche, Immenhof, U-Bahn Mundsburg + Uthlandstraße
11.30 Uhr Friedensandacht St. Gertrudkirche
14 Uhr Friedensfest
Carl-von-Ossietzky-Platz, Lange Reihe
Reden • Livemusik • Infostände • Essen und Trinken
Ostermarsch in Wedel, Sonnabend, 19. April 2014
12 Uhr Friedensfest, Theaterschiff Bataavia
www.hamburgerforum.org

bei der Menschenrechtslage ein Halbsatz angefügt wird, wonach „deren flächendeckende Umsetzung noch aussteht“. Oder wenn angemerkt wird, dass die afghanische Regierung den Kampf gegen die Korruption „bisher nicht angemessen“ geführt habe. Von einer „guten Regierungsführung“ ist der Statthalter der NATO in Kabul himmelweit entfernt.

Einem Offenbarungseid gleicht die Einschätzung der Sicherheitslage am Hindukusch: „Die Sicherheitslage bleibt angespannt“, heißt es im Bericht. Und weiter: „Die regierungsfeindlichen Kräfte (RFK) sind weiterhin in der Lage, in allen Landesteilen Anschläge zu verüben.“ Zugleich wird so getan, als wäre die „Transition“ (d. h. die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte-ANSF) erfolgreich gewesen: „Die ANSF nehmen ihre Verantwortung wahr und stellen sich der Herausforderung ...“ In der Praxis sieht das so aus, dass NATO-Truppen zwar weniger Verluste aufweisen, dass dagegen die Zahl der getöteten afghanischen Soldaten und Polizisten sprunghaft ansteigt („Verdoppelung der Verluste“ im ersten Halbjahr 2013). Dasselbe gilt für die „sicherheitsrelevanten Zwischenfälle (SRZ)“. Die Bundesregierung behauptet zwar, dass die SRZ 2013 landesweit von 29.400 auf rund 27.800 leicht zurückgegangen seien; sie stützt sich dabei aber allein auf die – wie von ihr selbst eingestanden wird – wenig verlässlichen Angaben der afghanischen Regierung. Nimmt man die ISAF-Statistik zur Hand, so sieht die Lage insbesondere im von Deutschland „kontrollierten“ Gebiet anders aus: Danach ist die Menge der „feindlichen Angriffe“ in Nordafghanistan im ersten Halbjahr 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar um 99 Prozent und im zweiten Halbjahr um 26 Prozent gesunken.

Unter dem Strich bleiben wir bei der Auffassung: „Nichts ist gut in Afghanistan“ (Käbmann). Es wäre konsequent, wenn die Bundesregierung endlich das Scheitern ihres Militäreinsatzes eingestehen und die Bundeswehr abziehen würde. Stattdessen wird der Afghanistan-Einsatz bis Ende des Jahres verlängert und auch für die Zeit danach eine Folgemission angekündigt. Sie wird genauso grandios scheitern.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert die Abgeordneten des Bundestags auf, dem neuerlichen Afghanistan-Mandat nicht mehr zuzustimmen. „Machen Sie endlich von ihrem parlamentarischen Recht Gebrauch und holen Sie die Soldaten zurück!“

Bundesausschuss Friedensratschlag

12.02.2014

Schwerpunkte 2014

(1) Pulverfass Naher Osten: Verhandlungen ohne Kriegsdrohungen

Die Sanktionen gegen den Iran müssen aufgehoben und souveräne Rechte des Landes respektiert werden. Deutsche Rüstungsexportvorhaben nach Israel, in die Golfstaaten und in alle anderen Staaten der Region müssen gestoppt werden. Drohungen mit einem „präventiven“ Militärschlag gegen Iran sind einzustellen. Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta verbietet jegliche „Androhung“ von Gewalt. Die Bundesregierung wäre gut beraten, ihre einseitige Un-

terstützung der regionalen Scharfmacher Saudi-Arabien und Katar zu beenden und ihre Beziehungen zu allen regionalen Mächten auf eine normale Grundlage zu stellen.

(2) Den Krieg in Syrien stoppen – die militärische Einmischung beenden

Die Sanktionen gegen Syrien, die Unterstützung bewaffneter Oppositionskräfte und die Interventionsdebatte in internationalen Gremien müssen beendet werden. Der Einsatz der UN für eine Waffenruhe und eine Verhandlungslösung muss weiter unterstützt werden. Die Genfer Verhandlungen müssen zumindest zu einem allseitig akzeptierten Waffenstillstand beitragen. Die Patriot-Raketen und AWACS-Flugzeuge müssen umgehend abgezogen und die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien muss großzügig gehandhabt werden.

(3) Keine NATO-Komplizenschaft mit der Türkei

Keine Lieferung von Kampfpanzern und anderen Waffen, die gegen die kurdischen Bevölkerungsgruppen und die Opposition in der Türkei eingesetzt werden können. Wir unterstützen Aktionen in Deutschland, die sich für die Menschenrechte der Kurden in der Türkei einsetzen.

(4) Auch das Existenzrecht der Palästinenser anerkennen

Die Bundesregierung muss Bestrebungen Palästinas, als gleichberechtigtes Mitglied in die UNO und ihre Unterorganisationen aufgenommen zu werden, aktiv unterstützen. Die gelegentliche Kritik der Bundesregierung an der völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungspolitik muss Folgen haben: Stopp aller Rüstungsexporte an Israel – politische Unterstützung der Konferenz für eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten.

(5) Truppen aus Afghanistan vollständig abziehen – zivil helfen

Stopp aller Kampfhandlungen. Die Bundeswehr muss vollständig aus Afghanistan abgezogen werden. Dadurch frei werdende Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Auslandseinsätze sind zu beenden.

(6) Keine Interventionsarmee Bundeswehr

Die Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ ist zu beenden. Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit sind ebenso zu stoppen, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inneren als „Heimatschutz“. Da die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht bedroht wird und „nur von Freunden umgeben ist“, fordern wir die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer vollständigen Abschaffung.

(7) Keine Kampfdrohnen

Wir fordern: Kampfdrohnen müssen weltweit geächtet werden. Die Bundesregierung muss auf die Einführung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verzichten und die Beihilfe zu „gezielten Tötungen“ durch US-Drohnen

einstellen. Die 2013 gestartete deutschlandweite Kampagne „Keine Kampfdrohnen!“ ist weiter zu entwickeln.

(8) Schluss mit den Rüstungsexporten – Umstellung auf zivile Produktion

Wir fordern Waffenexporte zu ächten und den Rüstungsexport gesetzlich zu verbieten. Zwischenziel auf dem Weg dahin könnten sein: ein Exportverbot für Kleinwaffen und Waffenfabriken, keine Lieferungen in Länder außerhalb von NATO und EU bei strikter Endverbleibskontrolle, keine Hermesbürgschaften und die Abschaffung der Militärrattachés an deutschen Botschaften.

(9) Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft

Kooperationsverträge Bundeswehr-Schule auf Länderebene sind aufzuheben, Zivilklauseln an Hochschulen sind flächendeckend einzufordern und dort, wo sie bereits existieren, durchzusetzen. Kooperationen mit Rüstungsunternehmen (z. B. über Stiftungsprofessuren) sind zu beenden. Dagegen sind Friedenserziehung und -forschung zu fördern. Jeglicher öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegen zu treten.

(10) Gegen das Kriegsbündnis NATO – für UNO-Charta und Völkerrecht

Die unheilvolle Rolle der NATO in der Welt muss stärker in der Öffentlichkeit thematisiert werden und neue Waffenprogramme wie z. B. das Raketenabwehrsystem in Osteuropa sind zu stoppen, auch als Basis für atomare und konventionelle Abrüstungsverhandlungen mit Russland. Es gilt, die NATO als Kriegsbündnis zu delegitimieren. Demgegenüber müssen die demokratischen und zivilen Strukturen der Vereinten Nationen gestärkt werden. Bei drohenden oder schon existierenden Gewaltkonflikten muss nach den Regeln des Völkerrechts und der UN-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot verfahren werden.

(11) Keine Militärunion EU – für eine humane Flüchtlingspolitik

Die Militarisierung der EU ist auf Null zurückzufahren, die schnellen Eingreiftruppen sind aufzulösen. Europäische Rüstungsprojekte sind einzustellen und die „Europäische Verteidigungsagentur“ ist aufzulösen. Stattdessen ist die EU auf eine strikt zivile Außenpolitik zu verpflichten. Das Grenzregime der EU muss entmilitarisiert und humanisiert werden. Nicht Flüchtlinge sind zu bekämpfen, sondern Fluchtursachen. Eine völlig andere Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik muss die Grundlagen dafür schaffen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der Dritten Welt verbessert werden.

(12) Atomwaffen abschaffen – Uranwaffen verbieten

Wir fordern eine vollständige atomare Abrüstung mittels eines weltweiten vertraglichen Verbots von Atomwaffen, die auch die zivile Nutzung der Nuklearenergie beendet. Die Bundesregierung muss den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen durchsetzen. Darüber hinaus fordern wir: Das systematische Verschweigen der gesundheitsschädigenden Folgen von Uranmunition muss be-

endet werden. Uranmunition muss – wie es eine internationale Kampagne fordert – weltweit geächtet werden. Hilfsprogramme für die Opfer von DU-Munition sind erforderlich.

(13) Für internationale Solidarität statt Ressourcen-Ausbeutung

Die weltweit verfügbaren Ressourcen müssen menschengerecht, ökologisch, sozialverträglich und nachhaltig genutzt werden. Dabei ist vor allem dem Klimaschutz und den Bedürfnissen der Erzeugerländer Rechnung zu tragen. Nur so können Konflikte und Kriegsursachen sowohl regional als auch global beseitigt werden.

(14) Gegen Demokratieabbau und Rassismus

Neonazi-Aktivitäten sind zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – muss lückenlos aufgeklärt, die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz ist ersatzlos aufzulösen. Die Friedensbewegung beteiligt sich weiter aktiv am Kampf gegen Nazipropaganda, Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Rassismus.

Aus Platzgründen bringen wir nur die Forderungen zu den 14 Schwerpunkten. Der ganze Text findet sich im Internet: www.ag-friedensforschung.de

Ukraine

Die Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen in der gesamten Ukraine nehmen zu. Russland droht mit Militäreinsatz. USA, NATO und EU verschärfen die Krise. Die Medien unterdrücken jede sachliche Information, hetzen gegen jede differenzierte Meinung und schüren ein aggressives Klima. Die ökonomische Lage der Bevölkerung in der Region wird immer schlechter. Instabilität und Unsicherheit haben die gesamte Region erfasst. Alle demokratischen Ansätze wurden unterdrückt. Besserung kann für längere Zeit nicht erwartet werden. Mit weiteren Eskalationen ist jederzeit zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesausschuss Friedensratschlag am 9. März eine Stellungnahme verabschiedet, die differenziert und ausführlich Fakten und Hintergründe zu dem Konflikt in und um die Ukraine darstellt. Damit möchte er die Friedensbewegung dabei unterstützen, ihre schwachen Kräfte für die Aufgabe zu bündeln, der einseitigen Propaganda mit Aufklärung zu begegnen und möglichst viele Veranstaltungen zur Aufklärung zu organisieren.

Die vierseitige Erklärung findet sich auf der Internetseite des Friedensratschlags:

www.ag-friedensforschung.de

Aus Platzgründen veröffentlichen wir hier nur die letzte Seite mit den Schlussfolgerungen und Forderungen:

Dem Kriegsgeschrei halten wir entgegen: Kein Krieg!

In der hochexplosiven gegenwärtigen Lage sollen multilaterale Gespräche und Verhandlungen über alle die Ukraine betreffenden Fragen auf Grundlage der Prinzipien der

OSZE als einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit geführt werden. Dabei kommt der Bundesregierung, die durch ihre permanente Einmischung in die Angelegenheiten der Ukraine wesentlich zur gegenwärtigen Krise beigetragen hat, besondere Verantwortung zu. Bei solchen Verhandlungen könnten die folgenden Vereinbarungen erzielt werden:

- Eine Beteiligung rechtsextremer und faschistischer Kräfte an der ukrainischen Übergangsregierung ist auszuschließen. Die faschistischen Kräfte in der Ukraine sind zu ent Waffen. Die Morde durch Scharfschützen auf dem Maidan werden von unabhängiger Seite untersucht.
- Jede einseitige Maßnahme zur Sezession der Krim oder anderer Landesteile der Ukraine ist zu stoppen. Sezessionen könnten nur einvernehmlich erzielte Ergebnisse eines gesamtukrainischen Prozesses sein, der auch die Rechte und Interessen von Minderheiten (z. B. der Tataren auf der Krim) wahrt.
- Die Beziehungen Russlands und der Ukraine sind besonderer Art. Die NATO nimmt die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation genauso ernst wie die der Ukraine.
- Die Bündnisfreiheit der Ukraine ist von allen Konfliktparteien zu akzeptieren.
- Die ukrainische Übergangsregierung stoppt die Mobilisierung der Streitkräfte, die russische Regierung hält das Abkommen über die Krim ein und USA und EU stellen die Sanktionen gegen Russland ein. Russland nimmt die Interventionsdrohung gegen die Ukraine zurück.
- Sämtliche Rüstungsexporte aus dem EU-Raum an Russland und die Ukraine werden gestoppt.

Von der Bundesregierung erwarten wir darüber hinaus:

- die Beendigung der antirussischen Kampagne,
- den Stopp des Aufbaus des sog. Raketenschirms auf deutschem Boden, der von Russland nur als Bedrohung betrachtet werden kann.

Verhandeln ist besser als schießen.

Leserbrief

Man muss kein Freund Putins sein, um dessen Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine zu verstehen. Vor 25 Jahren, zu Zeiten von Helmut Kohl und Michel Gorbatchow, erklärte der damalige Generalsekretär des Militärbündnisses NATO Manfred Wörner anlässlich der 2 + 4 Verhandlungen, dass nicht beabsichtigt sei, die NATO auszudehnen. Eine Voraussetzung, die auch die Einheit Deutschlands ermöglichte.

Wer sich heute die Liste der NATO-Staaten anschaut, kann feststellen, dass die damalige Zusicherung sich in Luft aufgelöst hat und Russland sowohl vom Norden als auch von Westen eingekreist ist.

Würde es zu einer Angliederung der Ukraine an die EU kommen, hätte das auch zur Folge, dass ein weiterer Staat der NATO angehören würde. Dass diese Möglichkeit real war, ließ Putin handeln.

*Christel und Jürgen Kruse
Christel und Jürgen Kruse sind vielen noch als Aktive bekannt und lesen immer noch engagiert den Rundbrief.*

Wolfgang Kirstein

Jürgen Todenhöfer – Offener Brief an Joachim Gauck

LIEBER HERR BUNDESPRÄSIDENT, Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

1. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
2. Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
3. Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Yemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
4. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4.800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht.

Nach unserem Grundgesetz haben Sie „dem Frieden zu dienen“. Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas ähnliches hatten wir schon mal. 100.000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, dass ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre. Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen lässt, als einer der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen.

Der Aufforderung des Autors, der – immernoch – CDU-Mitglied ist, diesen Text zu verbreiten, sind wir gern nachgekommen.
Wolfgang Kirstein

Aktionen und Termine

**SO 23.03.2014 um 11 bis 14 Uhr
Deutsche Uraufführung – Matinee
GOODBYE BARCELONA**

Antifaschistisches Musical*

3001 Kino, Schanzenstraße 75 – Eintritt 5 Euro

Klassiker von 1936 – Buch Judith Johnson, Musik & Lyrik K. S. Lewkowicz – Kulturdokument zum antifaschistischen Kampf in Europa und die daran geknüpften Hoffnungen.

Begleitausstellung: „Umkämpfte Vergangenheit“

MO 17.03.2014 bis FR 28.03.2014

Eröffnung: MO 17.03.2014 um 17 Uhr

A. D. G. A. Z, Fehlinghöhe 16

Veranstalter: A. D. G. A. Z, Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländischer-Zusammenarbeit, u. a. unterstützt vom Hamburger Forum.

*Englisch mit deutschen Untertiteln – Info: www.agdaz.de